Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 249 — Dienstag, 30. Mai 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 20,— M., vierteljährlich 75,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 6,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gebr. Arnhold
DRESDEN-BERLIN
Waisenhausstraße 20/22
Hauptstraße 38, Chemnitzer Straße 96
Berliner Haus:
Berlin W 56, Französische Straße 33a
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte • An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben • Besondere Abteilung für ausländische Währungen • Feuer- und diebessichere Stahlkammer

Ein kritischer Tag der Reichsregierung.

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei?

Berlin, 29. Mai. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung, die um 2 Uhr, nicht wie erst angekündigt, um 4 Uhr beginnt, steht als einziger Gegenstand: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". **Zunächst werden Wirth und Rathenau sprechen, woran sich sofort die Aussprache schließen soll. Man hofft, sie bis morgen abend zu beenden.** Ueber den Vertrag von Rapallo wird wahrscheinlich erst nach Pfingsten abgestimmt werden können, da der Text der Denkschrift noch nicht endgültig formuliert worden ist und daher den Mitgliedern des Reichstages die Denkschrift noch nicht zugänglich gemacht werden konnte. Man hofft, diese Denkschrift in zwei Tagen dem Reichstage zustellen zu können. **Es gilt jetzt als zweifelhaft, ob die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum einbringen werden. Für den Fall, daß dies doch geschieht, wird die Deutsche Volkspartei nach der „Montagspost" sich dem Mißtrauensvotum anschließen. Ob die Regierungsparteien ein Vertrauensvotum beantragen werden, ist auch noch unbestimmt. Die Antwortnote an die Reparationskommission wird sich in der Hauptsache darauf beschränken, daß deutscherseits die verschiedenen Punkte der Pariser Vorschläge angenommen werden.**

Genua, das ausschließliche Thema der Kanzlerrede.

Berlin, 29. Mai. Der Reichskanzler hat, wie die „B. Z." hört, die Absicht, heute nur über Genua zu sprechen. Die weit aktuellere Frage der Feststellung unserer finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten wird er vielleicht insoweit berühren, als er erklären wird, daß die Verhandlungen auf der in der sonnabendlichen Kabinettssitzung gutgeheißenen Grundlage Bradbury—Hermes noch nicht abgeschlossen sind. Die Sammlung der Dokumente über die gesamten Verhandlungen in Genua, deren Erscheinen bald nach der Rückkehr der deutschen Delegation in Aussicht gestellt war, ist heute bei Beginn der Genua-Verhandlungen im Reichstage noch nicht zur Verfügung gestellt.

Berlin, 29. Mai. Nach der „Neuen Berliner" handelt es sich heute um einen Krisentag für die Regierung. Es sei noch unsicher, ob eine Mehrheit für Wirth zustande komme. Es wird schließlich alles von der Haltung der Unabhängigen abhängen.

Die Dispositionen der nächsten drei Tage.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Mai. Im Reichstag beraten gegenwärtig noch die Fraktionen. Auch der Aeltesten-Rat war zusammengetreten. Er hat die Dispositionen für die nächsten drei Tage dahin getroffen, daß heute die Aussprachen über Genua, die Pariser Verhandlungen, und den Rapallovertrag beginnen und morgen vormittag in einer Sondersitzung die oberschlesische Frage erledigt und dann am Nachmittag die heute begonnene Aussprache fortgesetzt werden soll. Am Mittwoch sollen alle noch zu erledigenden sozialpolitischen Gesetze und der dänische Vertrag zur Verhandlung kommen.

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sprach sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hoetzsch im allgemeinen zustimmend zu dem Vertrage von Rapallo aus, während Breitscheid sehr starke Bedenken äußerte, die sich im wesentlichen aber nur auf die Art und Weise bezogen, wie der Vertrag zustande gekommen ist. Die ganze Aufmachung und der Augenblick des Abschlusses sind nach seiner Meinung verfehlt. Trotzdem erkannte er an, daß der Vertrag abgeschlossen werden mußte. Aehnlich äußerte sich der Mehrheitssozialist Bernstein. Im allgemeinen wird gesagt, daß die Stimmung gegenüber dem Vertrag innerhalb der Parteien ungünstig ist.

Amerikanische Ansichten über die Verwendung der Reparationsanleihen.

Paris, 29. Mai. Die „Chicago Tribune" teilt über die Verhandlungen der Pariser Bankierkonferenz mit, die erste Anleihe werde 100 Millionen Goldmark umfassen. Weitere, auf eine spätere Zukunft verteilte Anleihen sollen folgen. Die erste Anleihe sei in erster Linie für Deutschland bestimmt, und zwar dazu, das Kapital der Reparationsschuld teilweise zurückzukaufen. Da aber Frankreich, Belgien und Italien dringend Reparationsgelder nötig hätten und erwarteten, daß alles Geld, das mit der Anleihe flüssig gemacht wird, praktisch für Reparationen verwendet wird, so komme indirekt die Anleihe diesen Ländern zugute. Mit der ersten internationalen Reparationsanleihe an Deutschland sei dieses imstande, die Reparationszahlungen für 1922 und vielleicht auch für 1923 zu zahlen und den schweren Druck auf den Reichshaushalt, d. h. also auf den deutschen Steuerzahler, zu erleichtern. Dr. Bergmann soll verlangt haben, daß man Deutschland gestattet, die Hälfte der Anleihe zur Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches zu verwenden.

England und die Anleihefrage.

London, 29. Mai. Ziemlich die ganze Londoner Presse bespricht den Vorteil einer internationalen Anleihe für Deutschland, die ganz Europa zugute kommen würde. Die „Times" schreibt: Wenn das Komitee entscheidet, eine Anleihe an Deutschland für Wiedergutmachungszwecke zu befürworten, so müßte dies unter der Bedingung geschehen, daß Deutschland selbst einen großen Teil davon erhält. Dieser Teil müßte natürlich genau festgesetzt werden. Wenn Deutschland eine Politik der Deflation versuchte, so würde dadurch die Last seiner Schulden wachsen und seine Zahlungsfähigkeit entsprechend abnehmen. Anderseits würde aber eine weitere Inflationspolitik die Ausgabe einer Wiedergutmachungsanleihe verhindern. Das Komitee wird wahrscheinlich die Anleihefrage von dem Gesichtspunkt eines vorsichtigen Kaufmanns aus behandeln. Jeder Betrag, der festgesetzt werde, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach nur das Minimum nicht das Maximum der deutschen Zahlungsfähigkeit darstellen.

Die Anleihe nicht nach den Wünschen Frankreichs

Paris, 29. Mai. Hiesige Blätter erklären, wenn Stinnes aus Furcht vor einer allzu schnellen Markhausse eine genügende Vorbereitungszeit für die Umstellung der deutschen Wirtschaft fordert, so könne er ganz beruhigt sein, da der endgültige Abschluß der Anleihe noch Wochen, die Ausschreibung der Anleihe sogar noch weitere Zeit beanspruche, sodaß die ersten Barmittel aus der Anleihe unter Umständen auch erst in den nächsten Jahren zu fließen beginnen könnten. Ferner verweisen die Blätter darauf, daß die Anleihe nicht ganz nach den Wünschen Frankreichs zustande kommen könnte. Morgan und der Holländer Bissering scheinen mit großem Nachdruck darauf zu bestehen, daß ein größerer Teil der Anleihe Deutschland selber für seine finanzielle Gesundung verleihen müsse, sodaß der Reparationsvorschuß an Frankreich nicht befriedigend genug sein könnte. Die Blätter erregen sich auch über eine angeblich zweite Forderung Morgans und Bissering, daß die endgültige Reparationssumme wesentlich herabgesetzt werden müsse. Die Regierungsblätter dagegen äußern sich optimistisch.

Frankreichs Einfluß auf Morgan.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 29. Mai. Die Aussichten für die internationale Anleihe für Deutschland, die nach den Pariser Blätterstimmen andauernd gut waren, sollen sich nun, wie die Presse meldet, so verschlechtert haben, daß noch ernste Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Nachdem Morgan sich in Paris mit den französischen Sachverständigen und Finanzleuten unterhalten hat, so heißt es, sei seine Ansicht umgeschwenkt. Er erkenne an, daß die Sicherheiten, welche von den europäischen Staaten gegeben werden müssen, nicht für Amerika ausreichend sind, da Deutschland bereits fast alle Staatseinkünfte den Alliierten verpfändet hat, so wären bezüglich Klarlegung der deutschen Garantien noch einige Verhandlungen erforderlich. Morgan, der bei seinen Verhandlungen, die er in London mit Großfinanzleuten hatte, sehr viel Optimismus bekundete und nach seiner eigenen Angabe, die politischen Fragen nicht anrühren wollte, soll nach den Pariser Meldungen nun Bedenken tragen gegen den deutsch-russischen Vertrag, der ein Hinderuis für das Zustandekommen der Anleihe bilde.

Poincarés vorläufiger Verzicht auf Sanktionen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 29. Mai. Zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und Poincaré fand in den letzten Tagen durch Vermittlung der betreffenden Botschafter ein lebhafter Meinungsaustausch statt. Als sein Ergebnis ist festzustellen, daß Poincaré zugestimmt hat, auf die Ergreifung irgendwelcher neuer Garantien gegen Deutschland, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, vorläufig zu verzichten, um der alliierten Regierung, dem Wiedergutmachungsausschuß und dem Anleihekomitee Zeit zu geben, das Problem gründlich zu studieren und zu einem Abkommen zu gelangen. Lloyd George wurde über die Verhandlungen in Paris, die durch Lord Hardinge im Pariser Außenministerium und durch Sir James Bradbury im Hotel „Astoria", dem Sitz des Wiedergutmachungsausschusses geführt wurden, vollständig auf dem Laufenden erhalten. Lloyd George erklärte sich bereit, das französische Verlangen nach Erfüllung der Wiedergutmachung soweit zu unterstützen, als diese Erfüllung für Deutschland tatsächlich möglich ist; ein besonderer Druck wurde auf Poincaré dadurch ausgeübt, daß eventuelle Sanktionen nur Vorbedingung für ein weiteres Verbleiben amerikanischer Truppen am Rhein sein werde.

London, 29. Mai. Der politische Korrespondent der „Sunday-Times" schreibt, Lloyd George werde aller Wahrscheinlichkeit nach am heutigen Montag wieder über die äußere Politik sprechen und bei dieser Gelegenheit die Stellung Englands gegenüber Frankreich erklären und ebenfalls die Wiedergutmachungsfrage behandeln.

Wie lange noch?

Aus unserem Leserkreise erhalten wir die folgende Zuschrift:

„Seit mehr als drei Jahren befindet der deutsche Kronprinz sich auf der Insel Wieringen im Zuidersee, die ihm von der Regierung der Niederlande als Aufenthaltsort angewiesen worden ist. Unser Kronprinz lebt dort als Staatsgefangener. Er darf die kleine Insel ohne Erlaubnis nicht verlassen. Ein Besuch bei seinem Vater, dem Kaiser in Doorn, die Berufung an das Sterbelager seiner geliebten Mutter haben, wie jeder andere kurze Besuch des Festlandes, der Genehmigung der holländischen Regierung bedurft.

Die Lage, in der sich Holland bei unserem Zusammenbruch befunden hat, wird von uns nicht verkannt. Holland hat durch die Aufnahme unseres Kaisers und des Kronprinzen Wilhelm ein Opfer gebracht und die selbstbewußten Worte, mit denen die holländische Regierung das Verlangen unserer Feinde zurückgewiesen hat, sie ihnen auszuliefern, sollen der Königin und dem Volke Hollands nicht vergessen werden. Diese Gefühle aufrichtiger Dankbarkeit können aber unsere Ansicht nicht ändern, daß der Ort, der dem deutschen Kronprinzen als Wohnsitz angewiesen worden ist, unangemessen, ja unwürdig ist. Dem Kaiser ist gestattet worden, Amerongen zu verlassen. Er hat sich in Doorn angekauft und hat den Wunsch, nach Deutschland zurückzukehren, noch nicht ausgesprochen. Unser Kronprinz wird dagegen noch immer auf der kleinen Insel festgehalten, die beständig von Sturm und Nebel heimgesucht wird, und als ein zweites St. Helena angesehen werden muß. Das kleine Haus, das der Kronprinz bewohnt, seine „Pastorie", mit blakender Petroleumlampe und schlecht heizenden eisernen Oefen, ist zur Aufnahme seiner Familie, wenn sie ihn einmal im Jahre besuchen kann, unzureichend. Dort muß er im vierten Jahre tatenlos, von seiner Frau und seinen Kindern getrennt, in verzehrender Sehnsucht nach der Heimat seine Tage verbringen und in Deutschland rührt sich keine Hand, eine Aenderung herbeizuführen. Da ist die Frage wohl berechtigt, wie lange noch?

Die Anklagen, die man gegen den Kronprinzen gerichtet hat, sind längst als Verleumdungen erkannt worden. Wir wissen heute, daß der Kronprinz weder zum Kriege getrieben, noch die nutzlosen Angriffe vor Verdun gewollt hat. Er hat im Gegenteil davon abgeraten und hat weitere Angriffe verhindert. Er hat in seinen eben veröffentlichten Erinnerungen das Zeugnis seiner Soldaten dafür angerufen, wie er zu ihnen gestanden hat. Die Erzählungen von seiner bevorstehenden Ehescheidung haben auf ihn und seine Gemahlin, wenn sie in den Zeitungen davon lasen, nur fröhlich erheiternd gewirkt. Wer die Worte liest, die er seiner geliebten Mutter, unserer unglücklichen Kaiserin, seinen gefallenen Freunden, seinen Soldaten und der Heimat gewidmet hat, muß tief davon berührt werden, ihn solchen Anklagen ausgesetzt zu sehen.

Die Sorge, daß die Heimkehr des Kronprinzen den Wiederaufbau unseres Landes stören könnte, ist ungerechtfertigt. Keiner von den deutschen Fürsten, die sich nach der Staatsumwälzung, manches Mal mit einem Seufzer der Erleichterung, in das Privatleben zurückgezogen haben, hat dergleichen unternommen. Keiner von den preußischen Prinzen, die unter uns leben, hat daran gedacht. Der Kronprinz wird es ebenso wenig tun. Er will nur als guter Deutscher still mithelfen am Wiederaufbau unseres Landes, an dem Platze, den man ihm in der Heimat, in Potsdam oder Oels, gönnen wird. Mit welchem Recht darf man dem Manne, der nichts getan hat, was sein traurigs Schicksal rechtfertigt, den Weg zur Heimat noch immer versperren?

Man möge deshalb einem bald siebzigjährigen, dessen Lebenswerk im wesentlichen abgeschlossen ist, gestatten, an unsere Volksgenossen, insbesondere an unsere politischen Vereine und an die deutsche Presse die Bitte zu richten, für die Heimkehr des Kronprinzen Wilhelm einzutreten. Ich wende mich an alle, auch an die sozialistischen Parteien, soweit sie mich als alten Freund des Arbeiterstandes kennen. Mit der Rückkehr des Kronprinzen in die Heimat ist nicht nur ein schweres Unrecht wieder gut zu machen. Es kann damit auch, wenn alle zustimmen, ein neuer Schritt zum inneren Frieden getan werden.

Berlin-Niederschönhausen.

Heinrich Freese,
Fabrikbesitzer."

Ludendorff über die mangelhafte deutsche Kriegsrüstung.

München, 29. Mai. Ludendorff mahnt anläßlich vaterländischer Gedenktage, an Bismarck zu erinnern, durch nationale Einigung den Wiederaufbau zu beschleunigen, ehe es zu spät sei, unter Verzicht auf das mit seinen Interessengemeinschaften zersetzte Parteiwesen, das unser Unglück war und geblieben ist. Immer wieder, so beim Kommers der Deutschen Landsmannschaften und bei der Gedenkfeier der bayrischen Nachrichtentruppen, erklärte Ludendorff, daß unsere Nation weder einig noch stark genug in den Krieg gezogen sei, daß wir durch rechtzeitige Hervorkehrung der gewaltigen deutschen Volkskräfte unangreifbar gewesen wären und so den Krieg mit seinem Ausgang vermieden hätten. Wir hätten im Frieden nur 54 Prozent, Frankreich 82 Prozent seiner Landeskraft aufgestellt. Die Nichtentfaltung unserer vollen Wehrkraft, unser Pazifismus und unser falsches Denken seien unsere Schuld am Weltkriege und seiner Wendung gewesen.